Übersicht Handlungsempfehlungen der GPA NRW für die Stadt Kaarst				
Feststellung lfd. Nr	Feststellung	Empfehlung lfd. Nr.	Empfehlung	Stellungnahme zuständiger Bereich der Verwaltung
Haushaltssteuerung				
F1	In Kaarst verbessern vor allem die Gewerbesteuererträge und Steuerbeteiligungen die Jahresergebnisse. Diese kann die Stadt nur bedingt steuern. Die geplanten Aufwandssteigerungen kann die Stadt Kaarst nicht kompensieren.			Verweis auf Haushaltskonsolidierungsprozess und diesbezüglichen Eckwertebeschluss der Politik/des WiFiDi.
F2	Die Stadt Kaarst hat nach § 22 Abs. 1 KomHVO NRW Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen in einer Dienstanweisung geregelt. Sie überträgt ausschließlich Ermächtigungen für investive Auszahlungen. Diese jedoch in größerem Umfang, als andere Kommunen. Die fortgeschriebenen Ansätze schöpft sie im Schnitt nicht			Folgende Maßnahmen hat der Bereich Finanzen angestoßen - Aufbau eines Investitionscontrollings - Strengere Prüfung von beantragten Ermächtigungsübertragungen - Anpassung der Bewirtschaftungsregeln - Abbau des Investitionsstaus durch einen politisch beschlossenen Investitionsstopp für neue Maßnahmen für die Jahre 2022 und 2023.
		E2.1	Die Stadt Kaarst sollte nur Maßnahmen in den Haushaltsplan aufnehmen, die die Anforderungen des § 13 KomHVO erfüllen und deren Umsetzung im Planjahr realistisch möglich ist.	Folgende Maßnahmen hat der Bereich Finanzen angestoßen - Aufbau eines Investitionscontrollings - künftig: Durchführung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen im Vorfeld - bessere Investitionsplanung / investiv// konsumtiv- Betrachtung im Vorfeld - Begleitung durch Fördermittelmanagement
		E2.2	Die Stadt Kaarst sollte die strategische Zielvorgabe formulieren, dass Fördermöglichkeiten bei der Planung aller Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen standardisiert zu prüfen sind.	Befindet sich in Arbeit durch Aufbau eines zentralen Fördermittelmanagements ab Oktober 2021.
		E2.3	Auch bei dezentraler Bewirtschaftung sollte sich die Stadt Kaarst einen umfassenden Überblick über ihre größeren konsumtiven Förderprojekte verschaffen. Dazu sollte sie diese zentral dokumentieren	Befindet sich in Arbeit durch Aufbau eines zentralen Fördermittelmanagements ab Oktober 2021.
F3	Das strukturierte Vorgehen der Stadt Kaarst bei der investiven Fördermittelbewirtschaftung eignet sich, um Rückforderungen zu vermeiden. Das Vorgehen gilt bislang nicht für die konsumtiven Förderprojekte.	E3.1	Die Stadt Kaarst sollte das Verfahren auch für größere konsumtive Förderprojekte umsetzen	Befindet sich in Arbeit durch Aufbau eines zentralen Fördermittelmanagements ab Oktober 2021.
		E3.2	Kaarst sollte eine zentrale Datei oder Datenbank einrichten, in der sie die wesentlichen Informationen aller investiven und konsumtiven Förderprojekte einpflegt. Diese würde die fristgemäße Abwicklung der Förderbestimmungen und einen personenunabhängigen Wissensstand zu den Förderprojekten erleichtern.	Befindet sich in Arbeit durch Aufbau eines zentralen Fördermittelmanagements ab Oktober 2021.
		E3.3	Die Fördermittelstelle sollte Entscheidungsträger, wie Verwaltungsleitung, Fachausschüsse und den Rat über den Stand wichtiger Förderprojekte informieren. Die Berichte sollten sich anlassbezogen am	Befindet sich in Arbeit durch Aufbau eines zentralen Fördermittelmanagements ab Oktober 2021.
Beteiligungen				

F1	Die Datenerhebung und -vorhaltung entspricht den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Kaarst ergeben.	E1	Das Beteiligungsmanagement sollte sicherstellen, dass alle Grunddaten der KGB als mittelbare Beteiligung ebenfalls zentral sowie digital vorgehalten werden. Mitglieder und Stellvertreter der Gremien der KGB sollten im bestehenden Gremien-Verzeichnis berücksichtigt werden.	Die Stadt Kaarst wird die Empfehlung aufnehmen und in die weiteren Überlegungen und Entscheidungen einbeziehen. Eine weitere Professionalisierung und Optimierung des Beteiligungsmanagements bedarf jedoch auch einer Prüfung von zusätzlichen Personalkapazitäten. Mit den vorhandenen Kapazitäten wird eine Umsetzung nicht möglich sein.
F2	Das Berichtswesen entspricht ganz überwiegend den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Kaarst ergeben. Aufgrund der Betriebsgründungen erhöht sich zukünftig das Steuerungserfordernis und damit auch die Anforderungen an das Berichtswesen im	E2.1	Der Beteiligungsbericht sollte gem. § 117 GO NRW zukünftig um gesonderte Erläuterungen zu mittelbaren Beteiligungen ergänzt werden.	Die Stadt Kaarst wird die Empfehlung aufnehmen und in die weiteren Überlegungen und Entscheidungen einbeziehen. Eine weitere Professionalisierung und Optimierung des Beteiligungsmanagements bedarf jedoch auch einer Prüfung von zusätzlichen Personalkapazitäten. Mit den vorhandenen Kapazitäten wird eine Umsetzung nicht möglich sein.
		E2.2	Die gpaNRW empfiehlt, die Beteiligungsberichte auch weiterhin bis zum Ende des auf den Berichtsstichtag folgenden Jahres zu erstellen.	Die Stadt Kaarst wird die Empfehlung aufnehmen und in die weiteren Überlegungen und Entscheidungen einbeziehen. Eine weitere Professionalisierung und Optimierung des Beteiligungsmanagements bedarf jedoch auch einer Prüfung von zusätzlichen Personalkapazitäten. Mit den vorhandenen Kapazitäten wird eine Umsetzung nicht möglich sein.
		E2.3	Die Stadt Kaarst sollte abwägen, ob und inwieweit zukünftig eine unterjährige Berichterstattung über wesentliche Entwicklungen, Investitionen und Risiken aus der Kaarster Bäder Gesellschaft mbH erfolgt.	Die Stadt Kaarst wird die Empfehlung aufnehmen und in die weiteren Überlegungen und Entscheidungen einbeziehen. Eine weitere Professionalisierung und Optimierung des Beteiligungsmanagements bedarf jedoch auch einer Prüfung von zusätzlichen Personalkapazitäten. Mit den vorhandenen Kapazitäten wird eine Umsetzung nicht möglich sein.
		E2.4	Die Stadt Kaarst sollte überprüfen, inwieweit die Veränderungen in der Beteiligungsstruktur auch organisatorische oder personelle Veränderungen im Beteiligungsmanagement erfordern.	Die Stadt Kaarst wird die Empfehlung aufnehmen und in die weiteren Überlegungen und Entscheidungen einbeziehen. Eine weitere Professionalisierung und Optimierung des Beteiligungsmanagements bedarf jedoch auch einer Prüfung von zusätzlichen Personalkapazitäten. Mit den vorhandenen Kapazitäten wird eine Umsetzung nicht möglich sein.
Hilfe zur Erziehung				
F1	Die Stadt Kaarst erstellt bislang keinen Controllingbericht. Kennzahlen zu Steuerungszwecken werden nicht gebildet.	E1	Die Stadt Kaarst sollte einen Controllingbericht erstellen und diesen jährlich fortschreiben. Der Controllingbericht sollte neben der Kostenentwicklung und der Anzahl der Hilfefälle auch Kennzahlen beinhalten. Als mögliche Kennzahlen können beispielsweise die Kennzahlen dieses Berichts fortgeschrieben werden.	Der B 51 kann einen solchen Bericht erstellen und fortschreiben. Grundlage hierfür ist eine ausreichende Personalressource. Ob dieser Bericht zu einer besseren Steuerung führt, wird bezweifelt, da die Individualität der Fälle nicht steuerbar ist.
F2	Die Wirksamkeit der Hilfen wird in jedem Hilfeplangespräch überprüft. Es besteht kein strukturiertes, übergreifendes Verfahren, um die Wirksamkeit nach Hilfearten oder trägerspezifisch zu messen.	E2	Der Bereich Jugend und Familie sollte standardisierte, trägerübergreifende Auswertungen in das Fachcontrolling aufnehmen. Die gewonnenen Erkenntnisse könnten in die Qualitätsdialoge einfließen und somit einen Beitrag leisten, die Qualität fortlaufend zu verbessern.	Ein System zur trägerübergreifenden Wirkungsmessung, bzw. Auswertung ist sicherlich in großen Jugendämtern sinnvoll. In dem, im Verhältnis kleinen ASD Team, werden Trägerempfehlungen und Erfahrungen mündlich ausgetauscht und weitergegeben. Die jeweiligen Erkenntnisse fließen natürlich in Hilfeplangesprächen und Qualitätsdialogen ein.
F3	Die Stadt Kaarst hat die Prozess- und Qualitätsstandards ausführlich beschrieben. Die Darstellung von Prozessen in Flussdiagrammen wird aktuell noch nicht genutzt.	E3	Der Soziale Dienst sollte die graphische Darstellung der Prozesse umsetzen. Durch diese Form der Darstellung ist jede Fachkraft schnell in der Lage, die notwendigen Prozessschritte zu erkennen.	Flussdiagramme sind eine sinnvolle Art Prozesse überschaubar darzustellen. B 51 nimmt die Anregung gerne auf, sobald genügend personelle Ressource besteht.

F4	Die Stadt Kaarst hat den Ablauf der Hilfeplanung klar und verbindlich geregelt. Die gpaNRW sieht lediglich bei beim Rückkehrmanagement Optimierungspotenzial.	E4	Der Soziale Dienst sollte die Rückkehroption in den eigenen Standards stärker berücksichtigen. Es sollte klar definiert sein, wie Rückführungsarbeit in Kaarst durchzuführen ist. Die Ergebnisse können in einem eigenen Konzept zur Rückführung zusammenfasst werden.	Rückführungsmöglichkeiten werden im Rahmen der Hilfeplanung stets mitgedacht und in die Hilfeentwicklung integriert. Hierfür bedarf es nach Auffassung der BL keines eigenen Konzeptes.
F5	Die Stadt Kaarst hat klare und ausformulierte Vorgaben zur Fallsteuerung. Die gpaNRW sieht an manchen Stellen noch Optimierungsmöglichkeiten.	E5	Das bereits digitale Anbieterverzeichnis sollte um Erfahrungswerte ergänzt werden. Hierfür sollte der Bereich Jugend und Familie ein Verfahren entwickeln. Die in Kaarst praktizierten und verschriftlichten Standards sollten um die maximalen Fachleistungsstunden ergänzt werden	Es hat es nicht für erforderlich das digitale Anbieterverzeichnis um Erfahrungswerte zu ergänzen. Aufgrund des engen Austausches in einem, in der Relation zu großen Jugendämtern kleinen Fachkräfteteam, werden Erfahrungen mit Anbietern persönlich ausgetauscht. Zudem sind Erfahrungswerte immer persönlich und fallorientiert geprägt. Eine standardisierte Festlegung von einem Maximalumfang der Fachleistungsstunden ist nicht erforderlich. 20-25 FLS/Monat sind als Maßgabe bereits festgelegt. Eine höhere Anzahl an Fachleistungsstunden bedarf i.d.R. einer gesonderten Begründung oder erschließt sich aus der Fallproblematik.
F6	Die Stadt Kaarst prüft in jedem Hilfefall mögliche Kostenerstattungsansprüche. Ein gemeinsamer Standard zwischen dem Sozialen Dienst und der Wirtschaftlichen Jugendhilfe gibt es nicht.	E6	Der Bereich Jugend und Familie sollte einen Standard für die Prüfung von Kostenerstattungsansprüchen entwickeln. Dadurch kann die einheitliche Arbeitsweise gefördert werden	Die Prüfung von Kostenerstattungsansprüchen wie auch die Zuständigkeitsprüfung läuft schon zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens immer automatisch mit. Ein standardisiertes Verfahren ist sicherlich bei großen Jugendämtern sinnvoll, in unserem kleinen Team eher nicht. Siehe S. 14 GPA Bericht „Die wirtschaftliche Jugendhilfe überprüft die wirtschaftliche Gesamtsituation. Hierzu erstellt sie eine Kostenkalkulation nebst Bewertung der Maßnahme. Auch etwaige Kostenerstattungsansprüche bzw. Fragen der Zuständigkeit werden bereits hier geprüft.“
F7	Der Bereich Jugend und Familie verfügt über eine Personalbemessung. Ein schriftliches Konzept zur Einarbeitung neuer Mitarbeiter besteht nicht, ist jedoch in Arbeit	E7	Der Bereich Jugend und Familie sollte die Arbeiten an einem eigenen Einarbeitungskonzeptweiter fortsetzen. Hierdurch kann eine einheitliche Einarbeitung nach gleichbleibenden Qualitätsstandard sichergestellt werden.	Mit einem Konzept hat die AL bereits begonnen. Allerdings kann dies aktuell aufgrund der derzeitigen Aufgabenfülle der AL verbunden mit Personalausfällen nicht prioritär bearbeitet werden. Gleichzeitig sind die fachlichen Vorkenntnisse bei neuen MA sehr unterschiedlich. Daher ist auch eine individuelle, daran gemessene Einarbeitung erforderlich. Standardisiert ist die persönliche Einarbeitung derzeit über einen Mentor, die Aushändigung des umfassenden Qualitätshandbuchs und der sonstigen kollegialen Beratungen, Teams, Teamtage, etc..
F8	Die Stadt Kaarst hat einen niedrigen Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahren. Dieser wird vor allen Dingen durch die sehr niedrige Falldichte HzE begünstigt.	-	-	-
F9	Die Stadt Kaarst hat kein standardisiertes Rückführungs- oder Verselbstständigungskonzept	E9	Der Bereich Jugend und Familie sollte den Standard der Rückführungsarbeit und Verselbstständigung nach eigenen Vorgaben definieren und niederschreiben. Bestenfalls sollten die Standards in einem eigenen Konzept zusammengeführt werden	Eine Rückführungs- oder Verselbstständigungsoption wird fallbezogen immer geprüft. Dafür ist kein separates Konzept erforderlich!
Bauaufsicht				

F1	Die Gesamtlaufzeiten der Genehmigungsanträge sind in Kaarst im normalen Verfahren durchschnittlich. Bei den einfachen Verfahren liegen sie im Vergleichsjahr im unteren Viertel.	E1	Die Laufzeiten ab Vollständigkeit sollten bei jedem Bauantrag erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Ggf. ist dafür eine Schulung der Mitarbeitenden und die Anpassung des Workflows erforderlich	Mit Gesamtlaufzeiten im Jahr 2019 im einfachen Genehmigungsverfahren von 63 Tagen und im normalen Genehmigungsverfahren für Sonderbauten von 76 Tagen befindet sich die Stadt Kaarst trotz der etwas längeren Laufzeit im normalen Genehmigungsverfahren im interkommunalen Vergleich noch im unteren Viertel. Entsprechend der Anregung der GPA werden die Laufzeiten ab 2020 nunmehr zudem regelmäßig erfasst.
F2	Die Stadt Kaarst nutzt eine fachspezifische Software. Eine digitale Bauakte ist bislang nicht eingeführt	E2.1	Die Bauakte sollte vollständig elektronisch bearbeitet werden, um einerseits die Bearbeitung schneller abwickeln und andererseits auch die spätere Archivierung elektronisch erledigen zu können. Die digitale Aktenführung sollte rechtzeitig vor der Verpflichtung bis zum 31. Dezember 2022 installiert werden.	Die Stadt Kaarst plant, sich dem Bauportal NRW des Bauministeriums NRW im Jahr 2022 anzuschließen und damit den Weg für das digitale Genehmigungsverfahren zu eröffnen. Aufgrund der erheblichen Umstellungen in den Prozessen und der Fachsoftware, erfolgt dies in Abhängigkeit mit den vorhandenen Ressourcen sowohl auf der Herstellerseite der Fachsoftware als auch auf städtischer Seite. Die Stadt Kaarst ist mit der bei ihr eingesetzten Fachsoftware gut aufgestellt und geht von einem rechtzeitigen und ggf. sogar frühzeitigen Start des digitalen Genehmigungsverfahrens im Jahr 2022 aus. Dies hängt jedoch auch von der Bereitstellung der technischen Voraussetzungen des Bauportals NRW, die das Bauministerium NRW zur Verfügung stellt,
		E2.2	Es sollte geregelt werden, welche Papierakten archiviert werden müssen. Liegen sie digital vor, sollten Papierakten nur aufbewahrt werden, wenn es sich z.B. um historische Gebäude handelt.	Es ist geplant, die Bauaktendigitalisierung prioritär noch im Jahr 2021 abzuschließen. Ab diesem Zeitpunkt soll in der Bauaufsicht der Stadt Kaarst nur noch digital mit den Archivakten gearbeitet werden. In Rücksprache mit dem Archiv der Stadt Kaarst kann sodann die Vernichtung der nicht aufbewahrungswürdigen Akten umgesetzt werden.
F3	Kennzahlen dienen der Abteilung Bauordnung in Kaarst derzeit nicht als Steuerungsgrundlage.	E3	Zielwerte und Qualitätsstandards sollten definiert und ihre Einhaltung mittels Kennzahlen überprüft werden, so dass sie die Steuerung des Bereichs unterstützen können. Dazu können beispielsweise auch die im Rahmen dieser Prüfung ermittelten Kennzahlen fortgeschrieben werden.	Die Einführung von Kennzahlen, wie im Bericht vorgeschlagen, soll ab dem Jahr 2021 standardmäßig implementiert werden.
Vergabewesen				
F1	Die Stadt Kaarst hat sich mit der Erweiterung der vorhandenen Submissionsstelle zu einer zentralen Vergabestelle organisatorisch verbessert. In ihrer Dienstanweisung für Vergabeangelegenheiten und der Vergabeordnung hat die Stadt alle notwendigen Regelungen getroffen und die Zuständigkeiten und Aufgaben klar formuliert. Die Regelungen entsprechen teilweise nicht der aktuellen Rechtslage und der neuen Organisation.	E1.1	Die zentrale Vergabestelle sollte für die Vergabedokumentation verantwortlich sein.	Die Vergabedokumentation wird im fachlich zuständigen Bereich geführt. Es wurde - nach umfangreicher Erörterung - entschieden, eine Änderung hier nicht anzustreben, da die inhaltlichen Festlegungen durch die sachlich zuständigen Bereiche getroffen werden.
		E1.2	Die Dienstanweisungen sollten kontinuierlich auf aktuellem Stand gehalten werden.	Dies wird zukünftig beachtet, zwischenzeitlich hat eine Aktualisierung stattgefunden.
F2	Die Vorgaben des KorruptionsbG werden von der Stadt Kaarst im Wesentlichen erfüllt. Einzelne Aspekte sollten aber noch verbessert werden. Die Stadt hat keine systematische Schwachstellenanalyse durchgeführt. Eine regelmäßige Sensibilisierung der Beschäftigten zum Thema Korruptionsbekämpfung erfolgt.	E2.1	Die Dienstanweisung zur Korruptionsprävention sollte Verhaltensregeln für Verdachtsfälle enthalten.	Die Dienstanweisung zur Korruptionsprävention wird überarbeitet. Die Verhaltensregeln bei Verdachtsfällen werden ergänzt.

		E2.2	Die Stadt Kaarst sollte mittels einer Schwachstellenanalyse die besonders korruptionsgefährdeten Arbeitsgebiete feststellen und diese Analyse in regelmäßigen Abständen wiederholen. Dabei sollten wie bisher die Mitarbeiter eingebunden werden.	Zum April 2021 wurde eine Antikorruptionsstelle eingerichtet. Die erforderlichen Fortbildungen wurden und werden absolviert. Eine Schwachstellenanalyse wird im Jahr 2022 durchgeführt.
		E2.3	Die Anzeigepflicht von Nebentätigkeiten nach § 17 KorruptionsbG sollte schriftlich fixiert werden.	Die Regelungen zum Umgang mit Nebentätigkeiten werden in einer neuen Dienstvereinbarung schriftlich fixiert.
F3	Die Stadt Kaarst hat in der „Dienstvereinbarung zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption bei der Stadt Kaarst“ Regelungen zum Sponsoring getroffen. Diese sollten um einzelne Punkte ergänzt werden.	E3	Die Stadt Kaarst sollte ihre Dienstvereinbarung zum Sponsoring ergänzen. Sie sollte festlegen, dass Sponsoringverträge für die Stadt zeitlich begrenzt abgeschlossen werden. Auch die Haftung sollte sie begrenzen	Die Empfehlung der GPA NRW wird im Rahmen der Überarbeitung der Dienstvereinbarung übernommen.
F4	Steuerung zur Bedarfsfeststellung im Vorfeld von Maßnahmen und ein zentraler Abgleich mit den festgelegten Zielen während der Maßnahme erfolgt nicht. Dennoch nutzt die Stadt einzelne Elemente eines BIC bei dem geplanten Neubau der Gesamtschule in Büttgen.	E4	Die Stadt Kaarst sollte sich Regelungen für ein Bauinvestitionscontrolling geben. Sie sollte dazu insbesondere festlegen, für welche Maßnahmen ein zentrales BIC durchgeführt wird. Den Projekttablauf sollte dabei eine zentrale Stelle steuern und überwachen.	Es wurde ein Projektleitfaden für die Abwicklung von Baumaßnahmen entwickelt der alle Zuständigkeiten, Projektschritte, Abläufe und Verantwortlichkeiten regelt.
F5	Die Stadt Kaarst hat keine Regelungen zum Nachtragswesen getroffen. Die vergaberechtlichen Aspekte sind nicht geregelt. Eine systematische Auswertung hinsichtlich der Höhe der Nachträge und Abweichungen vom Auftragswert findet nicht statt. Die Stadt ist in diesem Bereich nicht gut aufgestellt.	E5	Die Stadt Kaarst sollte ein Nachtragsmanagement einrichten. Dazu gehört nach Ansicht der gpaNRW eine systematische Auswertung der Nachträge hinsichtlich Höhe und beteiligter Unternehmen	Die Mitarbeiter*innen werden in diesem Jahr auf ein entsprechendes Anti-Claim-Management geschult. In den großen Maßnahmen wurde ein Anti-Claim-Management installiert. Im nächsten Jahr werden für Baumaßnahmen ebenfalls ein Nachtragsmanagement bzw. Baukostencontrolling eingeführt.
Vergabewesen/Maßnahmenbetrachtung				
F6	Die betrachteten Vergabemaßnahmen der Stadt Kaarst zeigen große Abweichungen zwischen den ausgeschriebenen zu den ausgeführten Leistungen. Daneben dokumentieren die Vergabevermerke nicht immer, dass die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bieter geprüft wurde	E6.1	Die Stadt Kaarst sollte die Auftragserteilung nach Abschluss des Vergabeverfahrens nicht zusätzlich vom Rat beschließen lassen. Die Kriterien für die Entscheidung sind bereits vor der Submission festzulegen, sodass eine Beteiligung des Rates nach Ermittlung des wirtschaftlichsten Bieters obsolet ist.	Bereich 30 stimmt diesem Vorschlag zu.
		E6.2	Ein Nachweis über die sog. Ex-Post- und die Ex-ante-Veröffentlichung sollten sich auch in den Vergabeakten finden.	Die Nachweise werden den vergebenden Bereichen zukünftig durch Bereich 30 zur Verfügung gestellt.
		E6.3	Die Eignung von Bieter bzw. Bewerber ist auch bei freihändigen Vergaben und beschränkten Ausschreibungen zu dokumentieren.	Die Zuständigkeit für die Eignungsprüfung im Rahmen eines Vergabeverfahrens liegt beim jeweils vergebenden Bereich.
		E6.4	Nachträge bzw. geänderte Leistungen sollten jeweils schriftlich geprüft und begründet werden.	Die schriftliche Darlegung der Notwendigkeit von Nachträgen oder Leistungsänderungen obliegt dem jeweils fachlich zuständigen Bereich.
		E6.5	Die Beseitigung der Mängel ist zu dokumentieren	Dies obliegt ebenfalls dem jeweils fachlich zuständigen Bereich.
		E6.6	Bei der Rechnungsprüfung ist die aktuelle Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) zu beachten.	Die Aufgabe der Prüfung von Vergaben wird seit 2019 vom Rechnungsprüfungsamt des Rhein-Kreises Neuss wahrgenommen. Es wird davon ausgegangen, dass dort die zutreffenden Rechtsgrundlagen angewendet werden.
		E6.7	Art und Umfang der Leistungen müssen vor der Ausschreibung feststehen. Die Stadt Kaarst sollte bei der Erstellung der Leistungsverzeichnisse auf ihre Fachplanenden einwirken, diesen Grundsatz zu beachten.	Die Entwicklung der Leistungsbeschreibung oder die Erstellung eines Leistungsverzeichnisses obliegt den fachlich zuständigen Bereichen.
		E6.8	Alle Nachträge müssen schriftlich beauftragt werden	Dies obliegt ebenfalls dem jeweils fachlich zuständigen Bereich.